

Gewerkschaftspolitik

Zur Gewerkschaftsarbeit der DKP

Von den nicht im Bundestag vertretenen Parteien ist die DKP für die Gewerkschaften von größerer Bedeutung als andere Gruppierungen. Die DKP verfügt nämlich in vielen Betrieben — wenn auch stets in der Minderheit — über engagierte Vertreter, die zum Teil als Vertrauensleute und Betriebsräte tätig sind, doch auch in Ortsverwaltungen, auf Vertreterversammlungen und als Delegierte auf Gewerkschaftstagen mitarbeiten.

Die DKP ist im politischen Bereich bekanntlich ohne großen Einfluß, konzentriert sich auf die Interessenvertretung in den Betrieben und unterstützt viele gewerkschaftliche Forderungen, wie etwa die zur Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung, wobei sie abweichende Zielvorstellungen nicht immer offenlegt. Die DKP versucht, dieses Aktionsfeld im Betrieb zu halten, indem sie sich im allgemeinen an die Beschlüsse der Gewerkschaften hält. Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß die Repräsentanten der DKP den „politischen Auftrag“ haben, sich so zu verhalten, daß sie keinen Anlaß für einen Gewerkschaftsausschluß geben. Selbst wenn DKP-Kollegen weitergehende und von der gewerkschaftlichen Linie abweichende Auffassungen durchzusetzen versuchen und dabei überstimmt werden, so pflegen sie sich im allgemeinen loyal an die Mehrheitsentscheidungen zu halten.

Bei vielen betrieblichen Kollegen werden die DKP-orientierten Betriebsräte und Vertrauensleute deshalb geschätzt, weil sie sich meist sehr engagiert für die Belange der Beschäftigten einsetzen. Dabei konzentrieren sie sich oft sehr geschickt auf konkrete Mißstände, deren Abstellung von vielen Kollegen ohnehin gefordert wird, aber noch nicht durchgeführt werden konnte. Allerdings liegt dann die Durchführung der

geforderten Maßnahmen beim gesamten Betriebsrat und nicht nur bei einzelnen seiner Mitglieder.

Man kann davon ausgehen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Beschäftigten vor allem diesen Einsatz von DKP-Mitgliedern für die konkreten Probleme anerkennen. Das bedeutet nicht, daß die Beschäftigten gleichfalls die Motivation und den ideologischen Hintergrund für diesen Einsatz uneingeschränkt akzeptieren würden. Dies läßt sich durch ein Beispiel illustrieren: Ein DKP-Mitglied, das als langjähriger Betriebsratsvorsitzender bei den Beschäftigten eines größeren Unternehmens unangefochten und anerkannt war, erhielt bei seiner Kandidatur für den Bundestag nur eine Minderheit von Stimmen.

Gerhard Leminsky

Jungsozialisten und Gewerkschaften*)

Beim Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 25. bis 27. Januar 1974 in München wurden viele Fragen (Vergesellschaftung, europäische Friedenspolitik u. a.) heftig diskutiert, einige waren heiß umstritten (Rolle des Staats, Investitionslenkung), nicht darunter befand sich die „Gewerkschaftsfrage“. Wie die Jungsozialisten die Rolle der Gewerkschaftsbewegung im politischen System der Bundesrepublik einschätzen, wie sie sich eigene Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaften vorstellen, welche Erfolge und Mißerfolge sie möglicherweise in diesem Bereich bisher zu verzeichnen haben, diese und ähnliche Fragen wurden in den Plenums- und Arbeitsgruppensitzungen höchstens gestreift. Den Antrag 36 zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, den der Juso-Bundesvorstand im Auftrag einer internen Arbeitstagung zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit im Dezember 1973 stellte, nahm der Kongreß

*) Zu diesem Thema vgl. besonders Christian Götz: Keine falschen Fronten errichten! Einige Überlegungen zum Verhältnis zwischen Jusos, SPD und Gewerkschaften, in: Die Neue Gesellschaft, 21. Jg. (1974), H. 2, S. 99—109.

ohne größere Diskussion an. Der Antrag befaßt sich u. a. mit der Rolle der Vertrauensleute, betriebsnaher Tarifpolitik und einer einheitlichen Mitbestimmungskonzeption auf allen Ebenen.

Heidmarie Wieczorek-Zeul, die in München gewählte neue Vorsitzende der Jungsozialisten, erläuterte uns einige dieser Punkte näher, berichtete über verschiedene Aspekte der bisherigen Gewerkschaftsarbeit der Jusos und über mögliche Zukunftsperspektiven. Frau Wieczorek stellt zunächst fest, daß die Einschätzung der Gewerkschaften innerhalb der Jungsozialisten nicht umstritten sei. Die Frage sei deshalb in München nicht ausführlich zur Sprache gekommen, weil die vorangegangene Arbeitstagung die Juso-Positionen dazu eindeutig festgelegt habe. Spekulationen über eine angestrebte eigenständige Betriebsarbeit der Jusos weist sie als Wunschträume politischer Gegner zurück und bekräftigt die Feststellung des Antrags 36, daß sinnvolle Betriebsarbeit „nur in und mit der SPD und Gewerkschaften“ zu leisten sei. Hierbei komme der Vertrauensleutearbeit das entscheidende Gewicht zu. Die Juso-Vorsitzende verschweigt nicht, daß die Beteiligung von Jungsozialisten an der Arbeit der Vertrauensleute bisher keinen nennenswerten Umfang angenommen hat. Sie führt das auf die Mitgliederstruktur ihres Verbandes (vorwiegend Studenten, Angestellte) zurück: Die Interessenlage der Mitglieder bestimme im wesentlichen die politischen Schwerpunkte. Sie ist allerdings zuversichtlich, daß die kontinuierliche Intensivierung der Vertrauensleutearbeit langfristig auch die Mitgliederstruktur und damit die Politik beeinflussen wird: Mehr Arbeiter bei den Jusos — weniger überflüssige Grundsatzdebatten über politisch-praktische Einzelheiten.

Bei aller kritischen Selbsteinschätzung in Sachen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit kann Frau Wieczorek doch auf eine Reihe von Fällen hinweisen, in denen Jungsozialisten und Gewerkschafter auf Bezirks-, Orts- und Betriebsebene bei kon-

kreten Anlässen gut zusammengearbeitet haben. Als Beispiele nennt sie die „Lohngleichheitskampagne“ in Hessen-Süd, die Aktion von Hessens ÖTV und den südhessischen Jusos zur Einführung der paritätischen Mitbestimmung in kommunalen Eigenbetrieben, GmbHs und AGs, bei der die Aktionspläne vorher im einzelnen abgestimmt worden seien. Eine ähnlich gute Zusammenarbeit gebe es im Kampf gegen die Entlassungen unliebsamer Jugendvertreter und in vielen Einzelfällen, z. B. bei der gemeinsamen Gestaltung von Betriebszeitungen.

Solche und ähnliche konkrete Praxis, meint die Juso-Vorsitzende, könne am ehesten jene Vorurteile ausräumen, die es auch bei Gewerkschaftern durchaus noch gebe: Die Jusos kommen von „außen“, sie versuchen, den Gewerkschaften „Konkurrenz“ zu machen. Deshalb wollen die Jusos auch auf diesem Weg weitergehen, konkrete Probleme, z. B. am Arbeitsplatz und im Betrieb, aufgreifen und dabei, zusammen mit den unmittelbar Betroffenen und Gewerkschaftskollegen, Grundsätzliches klarmachen und realistische Änderungsmöglichkeiten für allgemeine oder einzelne Mißstände erarbeiten. Dies soll etwa im Rahmen einer „Vergesellschaftungskampagne“ geschehen, bei der — ausgehend z. B. von der Situation am Arbeitsplatz und struktureller Arbeitslosigkeit — Forderungen nach Investitionslenkung und Vergesellschaftung der Banken verdeutlicht und Mehrheiten dafür gewonnen werden sollen.

Mit einer solchen Art von kontinuierlicher praktischer Politik können, meint Heidmarie Wieczorek, auch jene Vorbehalte gegen Jungsozialisten bei Gewerkschaftskollegen, wie sie vor kurzem wieder durch Teile der Presseberichterstattung über den Münchner Kongreß bestätigt worden seien, nach und nach beseitigt werden. Nicht zuletzt die Stellungnahme der Jusos zum Mitbestimmungsvorschlag der Koalition, die sich im wesentlichen mit jener der IG Metall decke, könnte wesentlich dazu beitragen.

Hans-O. Hemmer